



NIEDERSCHRIFT

über die 10. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt

Landau in der Pfalz

am Dienstag, 08.09.2015,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 18:11



Anwesenheitsliste

CDU

Dr. Thomas Bals

Rudi Eichhorn

Susanne Höhlinger

Peter Lerch

Rolf Morio

SPD

Hermann Demmerle

Dr. Maximilian Ingenthron

Prof. Peter Leiner

Vertretung von Frau Vogler

Günter Scharhag

Hans Peter Thiel

Bündnis 90/Die Grünen

Susanne Follenius-Büssow

Vertretung von Herrn Hartmann

Sophia Maroc

FWG

Wolfgang Freiermuth

FDP

Jochen Silbernagel

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer



Beigeordnete/r

Rudi Klemm

Berichterstatter

Christine Baumstark

Ralf Bernhard

Michael Götz

Stefan Joritz

Martin Messemer

Sonstige

Michael Niedermeier

Schriftführer/in

Kristina Bollinger

Entschuldigt

SPD

Monika Vogler

vertreten durch Herrn Prof. Leiner

Bündnis 90/Die Grünen

Lukas Hartmann

vertreten durch Frau Follenius-Büssow

Bürgermeister

Thomas Hirsch

entschuldigt



Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Vorsitzende die Auszubildende Frau Roth, die derzeit im Hauptamt eingesetzt sei. Er entschuldigte krankheitsbedingt Herrn Bürgermeister Thomas Hirsch. Frau Follenius-Büssow vertrete Herr Hartmann.

Er informierte außerdem, dass die Stühle im Ratssaal für knapp 9.000 Euro erneuert wurden.

Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Zweckverband Regio Pamina
Vorlage: 100/171/2015
3. Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln bei Produkt 12601 (Brandschutz)
Vorlage: 150/024/2015
4. Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung
Vorlage: 240/032/2015
5. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Die anwesenden Einwohner stellten keine Fragen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Zweckverband Regio Pamina

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 25. August 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist und ergänzte, dass die Stadt Landau jährlich mit nur 4.400 € untergeordnet beteiligt sei, da Landau keine direkte Grenzregion sei. In der Zukunft solle nach grenzüberschreitenden Projekten gesucht werden, um das Miteinander stärker zu binden.

Ratsmitglied Lerch erkundigte sich nach den Förderunterstützungen der Stadt Landau durch die Pamina in den letzten 5-10 Jahren. Er wolle anregen, Fördermittel in Anspruch zu nehmen und fragte nach, ob Partnerinvestitionen zu Hagenau denkbar seien.

Der Vorsitzende erklärte, dass bisher vorwiegend die Partnerstädte gefördert wurden, da diese direkt an der Grenze ansässig seien. Das Problem läge in der grenzübergreifenden Zusammenarbeit, dort die Aufmerksamkeit nicht auf Landau gerichtet sei. Man solle Hagenau als Möglichkeit sehen. Einen Zuschuss gab es in der Vergangenheit im Rahmen von Partnerschaften.

Herr Messemer ergänzte, dass indirekte Mittel wie beispielsweise der Radwegeverbindungen, geflossen seien.

Ratsmitglied Freiermuth bat um Übermittlung einer knappen Zusammenstellung der vergangenen Förderungen.

Ratsmitglied Dr. Migl betonte, dass die Stadt nur mit 1/5 beteiligt sei. Sie befürworte die Vorlage.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron regte an, dass evtl. ein Anspruch einer Förderung im Rahmen des geplanten Festungsrundgangs geltend gemacht werden könne.

Der Vorsitzende begrüßte diese Anregung.

Durch die Hauptsatzung ermächtigt, stimmt der Hauptausschuss mit 16 Ja-Stimmen nachfolgendem Beschlussvorschlag einstimmig zu:

Der Hauptausschuss beschließt die weitere Mitfinanzierung einer Stelle im Zweckverband Regio Pamina ab dem Jahre 2016 in Höhe von 4.400 Euro/jährlich zzgl. der Tarifsteigerungen.

Der bisher in einem befristeten Arbeitsverhältnis eingesetzte Beschäftigte wird beim Landkreis Germersheim unbefristet weiterbeschäftigt und weiterhin beim Zweckverband Regio Pamina eingesetzt (Artikel 13 der Satzung).



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln bei Produkt 12601 (Brandschutz)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Brand- und Katastrophenschutzes vom 27. August 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Er thematisierte das Problem, dass aufgrund der ungeplanten Einsätze ein Mehrbedarf von ca. 10.000 € zu verzeichnen sei. Bei Brandwachen würden die Arbeitgeber einen Kostenersatz für den Arbeitsausfall ihrer Mitarbeiter fordern, die bei der freiwilligen Feuerwehr tätig seien. Diese Variante stelle allerdings die günstigere Variante zur Berufsfeuerwehr dar.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron dankte den Feuerwehrangehörigen für ihr Engagement und sprach seine Anerkennung aus.

Der Vorsitzende bat um Präsenz der Ratsmitglieder bei Inspektionsübungen der Feuerwehr.

Ratsmitglied Lerch erwähnte, dass aufgrund der Fraktionssitzungen montags abends eine Teilnahme schwierig sei.

Ratsmitglied Follenius-Büssow fragte nach der Bekanntgabe der Übungen.

Der Vorsitzende erwiderte, dass entsprechende Einladungen an die Fraktionsvorsitzenden erfolgen. Die große Inspektionsübung werde an keinem Montag stattfinden.

Durch die Hauptsatzung ermächtigt, stimmt der Hauptausschuss mit 16 Ja-Stimmen nachfolgendem Beschlussvorschlag einstimmig zu:

Bei Produkt 12601/5019 (Brandschutz /Einsatzgelder) werden 10.000 € überplanmäßig bereitgestellt und der bisherige Ansatz auf 58.000,00 € erhöht.

Bei Produkt 12601/5249 (Brandschutz /Kosten bei Bränden und Übungen) werden 10.000 € überplanmäßig bereitgestellt und der bisherige Ansatz auf 17.500,00 € erhöht.

Bei Produkt 12601/52551 (Brandschutz /Kostenerstattungen an private Unternehmen) werden 10.000 € überplanmäßig bereitgestellt und der bisherige Ansatz auf 21.000,00 € erhöht.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 25. August 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Maroc merkte an, dass bei der Nr. 4 Herr Helmut Braun als Zuwendungsgeber aufgeführt sei. Sie bat um Aufnahme der Kissel-Stiftung als Spendengeber und um entsprechende Korrektur.

Ratsmitglied Dr. Migl erkundigte sich nach der Sachspende für das LGS-Kunstprojekt in Höhe von 60.000 Euro.

Der Vorsitzende erklärte, dass es sich hierbei um kein bestimmtes Kunstwerk handele. Er habe ein Kontingent für das gesamte Kunstprojekt in Höhe von 100.000 Euro. Es handele sich um keinen Ankauf, sondern um verschiedenste Kleinprojekte. Die Stadt werde keine Kunstobjekte ankaufen, sondern habe an die Künstler appelliert, diese Kunst als Leihgabe der Stadt zur Verfügung zu stellen. Eine andere Alternative stelle ein Ankauf der Kunstwerke privater Sponsoren für die Stadt Landau dar.

Durch die Hauptsatzung ermächtigt, stimmt der Hauptausschuss mit 16 Ja-Stimmen nachfolgendem Beschlussvorschlag einstimmig zu:

Der Hauptausschuss stimmt der Annahme nachfolgender Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an die Stadt Landau sowie von der Sparkassenstiftung an Dritte, über die der Oberbürgermeister entscheidet oder dem Stiftungskuratorium einen Verwendungsvorschlag unterbreitet, zu.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Verschiedenes

1. Flüchtlingsproblematik:

Der Vorsitzende informierte, dass bisher insgesamt 400 zugewiesene Personen in Landau eingetroffen seien; bis Jahresende werde die Anzahl auf 500-550 Menschen ansteigen. Bei dem kommunalen Gipfel mit Ministerpräsidentin Dreyer und Integrationsministerin Alt am 3. September 2015 wurde erklärt, dass bis zum Jahresende 8.400 winterfeste Plätze bei zentralen Einrichtungen in Rheinland-Pfalz geplant seien. Die ADD habe die Vorgabe erhalten, flexibel mit finanziellen Mehrbedarfen bzgl. Stellenanteile der Kommunen umzugehen. Die ehrenamtlichen Tätigkeiten seien ab einem gewissen Maß nicht mehr zumutbar. Mit dem jetzigen Personalstand sei die Situation nicht mehr händelbar. Die Errichtung der städtischen Anlage verzögere sich aufgrund der allgemeinen Situation, werde allerdings bis Dezember 2015 fertiggestellt sein. Die Stadt müsse über weiteren Wohnraum nachdenken, um dem Bedarf gerecht zu werden. Derzeit werden 40 Plätze geschaffen. Man müsse überlegen, ob man die Beteiligten in der Stadt vor den Haushaltsberatungen zusammenführen solle, um zu erfragen, wo Unterstützung benötigt werde. Das Café Asyl sei beispielsweise bereits jetzt schon überlastet. Es müsse nach Lösungen gesucht werden. Auch in Berlin wurde beschlossen, für Personen aus den Westbalkanländern eine Lösung zu finden.

Ratsmitglied Dr. Bals sagte, dass die Weiterentwicklung der Flüchtlingssituation weiterhin unklar sei. Er fragte nach, ob die Stadt bei einer Einwanderung von beispielsweise 40 Asylanten an einem Tag gerüstet und ein mögliches Handeln möglich sei.

Der Vorsitzende erwiderte, dass man in solch einer Situation flexibel und kurzfristig handeln müsse. Die letzte Möglichkeit seien Sammelunterkünfte. Diese sollen nur dann in Anspruch genommen werden, wenn der private Wohnungsmarkt und alles Weitere ebenfalls ausgeschöpft seien. Derzeit sei der Zuzug noch zu bewältigen. Eine spontane Einwanderung von 40 Personen an einem Tag würde allerdings auch die Stadt Landau an ihre Grenze führen.

Ratsmitglied Dr. Migl fragte nach leerstehenden Wohnungen und ob eine Belegung auf dem Landesgartenschauengelände in Erwägung gezogen werden könne. Des Weiteren fragte Sie, ob Schulungen für Helfer durch die Verwaltung geplant seien.

Der Vorsitzende erklärte, dass dies in der Verwaltung beraten werde. Es müssen Optionen durchgespielt werden, damit die Stadt für „den Fall der Fälle“ gerüstet sei.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron betonte, dass die Fraktionen gefordert seien.

Der Vorsitzende ergänzte, dass den betroffenen städtischen Mitarbeitern Englischkurse angeboten werden sollen.

Ratsmitglied Dr. Migl schlug vor, dass eine zentrale Anlaufstelle für Helfer in der Verwaltung eingerichtet werde. Viele Bürger wüssten derzeit nicht, wo sie sich hinwenden können.

Der Vorsitzende sagte eine Aufnahme dieses Vorschlages zu.

Ratsmitglied Follenius-Büssow informierte, dass die Caritas Verband Schulungen für Ehrenamtliche im Rahmen von Abendterminen anbiete. Sie schlug vor, dass man die Kirchen sowie Vereine bitten sollte, sich zu beteiligen, beispielsweise für eine Sammelbelegung in Turnhallen.

Der Vorsitzende bedankte sich für den guten Hinweis. Auch Kirchen und Kleinvereine sollten in die Thematik mit eingebunden werden.



Ratsmitglied Lerch erwähnte, dass bereits der Papst an seine Kirchengemeinden für eine Unterbringung in kirchlichen Räumen appellierte. Die städtischen Mitarbeiter hätten bisher gut reagiert und die Situation in der Stadt Landau gut im Griff. Die negative Pressemeldung über die Flüchtlingssituation in Landau sei nicht nachvollziehbar.

Der Vorsitzende antwortete, dass sich die Südpfalz anstrengt, Lösungen zu finden. Derzeit seien von der Stadt 170 Wohneinheiten von 80 Vermietern mit einer Flächensumme von 8.400 m² für Asylbewerber angemietet worden. Es seien noch weitere Angebote vorhanden.

2. Haus zum Maulbeerbaum

Ratsmitglied Dr. Migl lädt ein zum „Tag des offenen Denkmals“ am 2. September 2015.

3. Rheinpfalzwohnen – Friedrich-Ebert-Straße

Ratsmitglied Dr. Migl erkundigte sich nach dem angeblichen Verbot des Weiterverkaufs durch die Stadtverwaltung. Sie habe gehört, dass Mieter von Wohnungen der Rheinpfalzwohnen von städtischer Seite aus angeschrieben wurden, um einen Weiterverkauf zu stoppen. Sie könne sich dies nicht vorstellen und fragte nach, ob diese Aussage bestätigt werden könne und der Stadt die Thematik bekannt sei.

Herr Götz erwiderte, dass er von Verkaufsbemühungen gerüchteweise gehört habe. Seitens der Rheinpfalzwohnen sei keine größere Verkaufsabsicht in Landau vorhanden, höchstens eine Expansionsabsicht bzw. ein Strategiewechsel denkbar. Dies seien allerdings reine Spekulationen. Die Stadt dürfe sich weder einmischen noch ein Verbot aussprechen.

Herr Messemer ergänzte, dass der Bürgermeister bezüglich dieses Themas einen Termin mit dem Vorstand der Rheinpfalzwohnen habe. Es seien zwei Gründe denkbar: fehlende Abgeschlossenheitsbescheinigung (bauliches Hemmnis) oder rechtliche Zusammenhänge.

Der Vorsitzende sagte entsprechenden Nachgang zu.

4. Schulleiterstellen

Der Vorsitzende informierte zur Anfrage von Herrn Lerch bezüglich der Schulleiterstelle der Pestalozzi Grundschule. Mitte der Ferien habe sich der bisherige Schulleiter, Herr Langer, gemeldet und mitgeteilt, dass er künftig beim Land eingesetzt sei. Die Konrektorin, Frau Jakobs, werde seine Stelle als Schulleitung kommissarisch wahrnehmen. Derzeit seien zwei Schulleitungen neu zu besetzen. Die Stelle der Thomas-Nast-Schule sei bereits ausgeschrieben; die der Pestalozzischule soll im September ausgeschrieben werden. Aufgrund der Nachbesetzungen solle möglichst kurzfristig ein Schulträgerausschuss einberufen werden.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass es schlecht sei, wenn ein halbes Jahr lang keine Besetzung der Schulleiterstelle erfolge.

Der Vorsitzende erwiderte, dass er den Zeitpunkt der Neubesetzung schwer einschätzen könne, aber das Team gut aufgestellt sei. Frau Jakobs sei eine kompetente Vertretung.





Die Niederschrift über die 10. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 8. September 2015 umfasst 17 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 70.

Vorsitzender:
Hans-Dieter Schlimmer

Schriftführerin:
Kristina Bollinger